

Amtsblatt

der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Teil I

Nummer 2

Ausgegeben in München am 31. Januar 2005

Jahrgang 2005

Hinweis

Diesem KWMBI liegt das Inhaltsverzeichnis zum KWMBeibl 2004 bei. Die Einbanddecken zum KWMBI I und II und KWMBeibl können von der Buchbinderei Siegfried Loibl, Waldstraße 57, 94121 Salzweg, Fax: 08 51/4 70 02, bezogen werden.

I n h a l t

	Seite		Seite
I. Rechtsvorschriften		II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst	
Dreiundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Festsetzung von Studentenwerkbeiträgen	70	Aufgaben der Fachberater in Katholischer Religionslehre an den Gymnasien in Bayern	79
Verordnung über die Gewährung von Leistungsbezügen für Professoren und Professorinnen sowie hauptberufliche Mitglieder von Leitungsgremien an Hochschulen, über die Gewährung von Forschungs- und Lehrzulagen und über die Gewährung einer Nebenamtsvergütung für Professoren und Professorinnen (Bayerische Hochschulleistungsbezügeverordnung – BayHLeistBV)	71	Vermeidung fremdsprachlicher Begriffe .	80
Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Bekanntmachung von Hochschulsatzungen	76	Zulassung von Lernmitteln	80
Verordnung zur Änderung der Hochschulvergabe- und Voranmeldeverordnung und der Vergabeverordnung ZVS ..	77		
Sechste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur beruflichen Grundbildung in Bayern	78	III. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsregierung, anderer bayerischer Staatsministerien und sonstiger Stellen	—

I. Rechtsvorschriften

2210-1-1-7-2-WFK

**Dreiundzwanzigste Verordnung
zur Änderung der
Verordnung über die Festsetzung
von Studentenwerkbeiträgen**

Vom 8. Dezember 2004 (GVBl S. 565)

Auf Grund des Art. 106 Abs. 3 Satz 3 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Oktober 1998 (GVBl S. 740, BayRS 2210-1-1-WFK), zuletzt geändert durch § 18 des Gesetzes vom 24. März 2004 (GVBl S. 84), in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 Satz 1 des Dritten Gesetzes zur Überleitung von Zuständigkeiten vom 29. Dezember 1998 (GVBl S. 1013, BayRS 1102-9-S) erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

§ 1a Satz 2 der Verordnung über die Festsetzung von Studentenwerkbeiträgen (BayRS 2210-1-1-7-2-WFK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. Juni 2004 (GVBl S. 254), wird wie folgt geändert:

1. Die Zahl „2003“ wird durch die Zahl „2005“ ersetzt.
2. Der Betrag „35,- €“ wird durch den Betrag „38,- €“ ersetzt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2005 in Kraft.

München, den 8. Dezember 2004

Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und
Kunst

Dr. Thomas Goppel
Staatsminister

2032-3-4-1-WFK

**Verordnung
über die Gewährung von
Leistungsbezügen für Professoren und Professorinnen
sowie hauptberufliche Mitglieder
von Leitungsgremien an Hochschulen,
über die Gewährung von
Forschungs- und Lehrzulagen und
über die Gewährung einer
Nebenamtsvergütung für Professoren und Professorinnen
(Bayerische HochschuleLeistungsbezügeverordnung – BayHLeistBV)
Vom 15. Dezember 2004 (GVBl S. 575)**

Auf Grund von Art. 17 und 28 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. August 2001 (GVBl S. 458, BayRS 2032-1-1-F), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 7. Dezember 2004 (GVBl S. 491), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1**Geltungsbereich**

¹Diese Verordnung regelt die Zuständigkeit, das Verfahren, die Voraussetzungen und Kriterien der Vergabe von Leistungsbezügen sowie die Ruhegehalt-fähigkeit von Leistungsbezügen an Professoren und Professorinnen sowie hauptberufliche Mitglieder von Leitungsgremien an Hochschulen gemäß Art. 22 bis 25 und Art. 32 Abs. 12 BayBesG. ²Ferner werden nähere Bestimmungen über die Gewährung von Forschungs- und Lehrzulagen gemäß Art. 27 BayBesG getroffen und die Höhe der Nebenamtsvergütung für Vorsitzende des Leitungsgremiums einer Hochschule gemäß Art. 17 BayBesG festgesetzt.

§ 2**Leistungsbezüge**

¹Leistungsbezüge sind Bestandteile der Besoldung der Professoren und Professorinnen, die

1. aus Anlass von Berufungs- und Bleibeverhandlungen (Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge, § 3),
2. für besondere Leistungen in Forschung, Lehre, Kunst, Weiterbildung und Nachwuchsförderung (besondere Leistungsbezüge, § 4) sowie
3. für die Wahrnehmung von Funktionen oder besonderen Aufgaben im Rahmen der Hochschulselbstverwaltung oder der Hochschuleleitung (Funktions-Leistungsbezüge, § 5)

gewährt werden. ²Satz 1 Nr. 3 gilt auch für hauptberufliche Mitglieder von Leitungsgremien der Hochschulen, die nach Maßgabe der Bundesbesoldungsordnung W besoldet werden.

§ 3**Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge**

(1) ¹Aus Anlass von Berufungs- und Bleibeverhandlungen können Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge gewährt werden, um einen Professor oder eine Professorin für die Hochschule zu gewinnen (Berufungs-Leistungsbezüge) oder zum Verbleiben an der Hochschule zu bewegen (Bleibe-Leistungsbezüge). ²Bei der Entscheidung über die Vergabe von Berufungs-Leistungsbezügen sind insbesondere die individuelle Qualifikation, etwaige Evaluierungsergebnisse und die Bewerberlage sowie die Arbeitsmarktsituation in dem jeweiligen Fach zu berücksichtigen. ³Bleibe-Leistungsbezüge dürfen nur gewährt werden, wenn ein Ruf an eine andere, in der Regel außerbayerische Hochschule vorgelegt oder das Einstellungsinteresse eines anderen Dienstherrn oder Arbeitgebers glaubhaft gemacht wird. ⁴Bei der Gewährung von Bleibe-Leistungsbezügen sollen Vorteile aus dem nicht erforderlichen Ortswechsel durch einen Abschlag gegenüber dem Berufsangebot angemessen berücksichtigt werden.

(2) Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge können als Einmalzahlung oder als laufende monatliche Zahlung gewährt werden; als laufende monatliche Zahlung werden sie in der Regel unbefristet vergeben.

(3) Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge sollen frühestens nach Ablauf von drei Jahren seit der letzten Gewährung aus Anlass von Berufungs- und Bleibeverhandlungen neu vergeben oder erhöht werden.

(4) Bei der Gewährung von unbefristeten Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezügen kann festgelegt werden, dass diese an den allgemeinen Besoldungsanpassungen mit dem Vom-Hundert-Satz teilnehmen, um den die Grundgehälter der Bundesbesoldungsordnung W angepasst werden.

§ 4

Besondere Leistungsbezüge

(1) ¹Für besondere Leistungen in Forschung, Lehre, Kunst, Weiterbildung oder Nachwuchsförderung, die im Rahmen der hauptamtlichen Tätigkeit in der Regel über mehrere Jahre erbracht werden sollen, können besondere Leistungsbezüge gewährt werden.

²Besondere Leistungen im Sinn von Satz 1 sind auf der Grundlage der in Abs. 2 bis Abs. 6 nicht abschließend aufgeführten Kriterien festzustellen; die Hochschulen legen die Kriterien für besondere Leistungen entsprechend dem jeweiligen Aufgabenprofil näher fest. ³Dabei soll auf eine angemessene Gewichtung der unterschiedlichen Kriterien geachtet werden.

(2) ¹Kriterien für besondere Leistungen in der Forschung können insbesondere sein

- herausragende Forschungsleistungen, die durch Preise, Ehrungen, Auszeichnungen oder Forschungsevaluationen nachgewiesen werden,
- besondere Leistungen bei der Umsetzung von Forschungsergebnissen (z.B. Erfindungen, Patente, Forschungstransfer),
- durch Forschungspublikationen ausgewiesene Forschungsleistungen,
- Erfolge bei der Einwerbung von Drittmitteln unter Berücksichtigung der fachspezifischen Gegebenheiten,
- besondere Leistungen beim Technologietransfer sowie in der angewandten Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen,
- besondere Leistungen beim Aufbau und der Leitung von Forschergruppen.

²Die Einwerbung von Drittmitteln im Hauptamt ist nur berücksichtigungsfähig, soweit nicht hierfür eine Forschungs- oder Lehrzulage nach § 7 gewährt wird.

(3) Kriterien für besondere Leistungen in der Lehre können insbesondere sein

- Lehrleistungen, die durch Preise, Auszeichnungen, Ehrungen oder Lehrevaluationen nachgewiesen werden,
- Lehrtätigkeiten, die über die Lehrverpflichtung hinaus geleistet werden oder auf diese nicht anzurechnen sind und nicht gesondert vergütet werden,
- besondere Lehrbelastungen mit überdurchschnittlichem Betreuungsaufwand,
- besondere, sich durch den Umfang oder die Art der Prüfertätigkeit heraushebende Belastungen im Rahmen der Mitwirkung an Staatsprüfungen,
- besonderes Engagement und besondere Erfolge bei der Studienreform, der Internationalisierung des Lehrangebots und der Entwicklung neuer Studienangebote,

- Einwerbung von Drittmitteln für die Lehre, soweit nicht aus diesen Drittmitteln eine Lehrzulage nach § 7 gewährt wird,

- besondere Leistungen bei der Entwicklung von besonderen Formen und Methoden der Lehre, der Verbesserung der Qualität der Lehre und von Lehr- und Lernmaterial (z.B. multimediale Lehrangebote).

(4) Kriterien für besondere Leistungen in der Kunst können insbesondere sein

- besondere Leistungen auf dem Gebiet der Kunstausübung, insbesondere herausragende Konzerttätigkeiten,
- besondere Leistungen auf dem Gebiet der künstlerischen Entwicklungsvorhaben und
- herausragende und insbesondere durch Preise, Ehrungen und Auszeichnungen anerkannte künstlerische Leistungen.

(5) Kriterien für besondere Leistungen in der Weiterbildung können insbesondere sein

- Lehrtätigkeiten im Bereich der Weiterbildung, die über die Lehrverpflichtung hinausgehen oder auf diese nicht anzurechnen sind und nicht gesondert vergütet werden,
- besondere Lehrbelastungen mit überdurchschnittlichem Betreuungsaufwand,
- besondere Leistungen bei der Entwicklung von Weiterbildungsangeboten.

(6) Kriterien für besondere Leistungen in der Nachwuchsförderung können insbesondere besondere Initiativen und Erfolge bei der Betreuung von Promotionen und weitergehenden wissenschaftlichen Qualifikationen, bei der Betreuung des wissenschaftlichen Nachwuchses und bei der Leitung von Graduiertenkollegs und ähnlichen Einrichtungen sein.

(7) ¹Besondere Leistungsbezüge werden für die Mitwirkung an Staatsprüfungen als Einmalzahlung, im Übrigen als Einmalzahlung oder als monatliche Zahlungen für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren befristet vergeben; im Fall einer wiederholten Vergabe können sie frühestens nach einer Bezugsdauer von insgesamt mindestens drei Jahren unbefristet gewährt werden. ²Besondere Leistungsbezüge, die unbefristet vergeben wurden, können bei einem erheblichen Leistungsabfall für die Zukunft ganz oder teilweise widerrufen werden.

(8) Bei der Gewährung von besonderen Leistungsbezügen kann festgelegt werden, dass diese an den allgemeinen Besoldungsanpassungen mit dem Vom-Hundert-Satz teilnehmen, um den die Grundgehälter der Bundesbesoldungsordnung W angepasst werden.

§ 5

Funktions-Leistungsbezüge

(1) ¹Mitgliedern des Leitungsgremiums der Hochschule, die nach Maßgabe der Bundesbesoldungsord-

nung W besoldet werden, können für die Dauer der Wahrnehmung dieser Aufgaben Funktions-Leistungsbezüge gewährt werden. ²Funktions-Leistungsbezüge können auch Professoren und Professorinnen der Bundesbesoldungsordnung W gewährt werden, die besondere Aufgaben in der Hochschulselbstverwaltung wahrnehmen.

(2) ¹Besondere Aufgaben in der Hochschulselbstverwaltung im Sinn des Abs. 1 Satz 2 sind insbesondere die Tätigkeiten als Dekan und Studiendekan. ²Die Hochschule kann durch Satzung weitere Aufgaben in der Hochschulselbstverwaltung festlegen, für die Funktions-Leistungsbezüge gewährt werden können.

(3) ¹Die Höhe der Funktions-Leistungsbezüge ist insbesondere nach der im Einzelfall mit der wahrgenommenen Funktion und Aufgabe verbundenen Belastung und Verantwortung sowie der Größe der Hochschule oder des Fachbereichs zu bemessen. ²Bei der Bemessung von Funktions-Leistungsbezügen soll eine etwaige Ermäßigung der Lehrverpflichtung berücksichtigt werden. ³Funktions-Leistungsbezüge können ganz oder teilweise erfolgsabhängig gewährt werden.

§ 6

Ruhegehaltfähigkeit

(1) ¹Unbefristet gewährte Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge (§ 3) und unbefristet gewährte besondere Leistungsbezüge (§ 4) sind bis zur Höhe von zusammen 40 v.H. des jeweiligen Grundgehalts ruhegehaltfähig, soweit sie jeweils mindestens drei Jahre bezogen worden sind. ²Über diesen Betrag hinaus können sie für ruhegehaltfähig erklärt werden, soweit sie jeweils mindestens drei Jahre bezogen worden sind.

(2) Für Funktions-Leistungsbezüge (§ 5) gilt § 15a des Beamtenversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. März 1999 (BGBl I S. 322, ber. S. 847, ber. S. 2033), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. September 2003 (BGBl I S. 1798), in der jeweils geltenden Fassung entsprechend mit der Maßgabe, dass der Betrag der Leistungsbezüge als Unterschiedsbetrag gilt.

(3) ¹Befristet gewährte Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge (§ 3) und besondere Leistungsbezüge (§ 4) können bei wiederholter Vergabe für ruhegehaltfähig erklärt werden, soweit sie mindestens für die Dauer von zehn Jahren bezogen worden sind. ²Leistungsbezüge, die zunächst befristet und dann unbefristet vergeben werden, werden spätestens nach zehnjährigem Bezug ruhegehaltfähig.

(4) Die Erklärung von Leistungsbezügen für ruhegehaltfähig steht unter dem Vorbehalt, dass die Leistungsbezüge im Fall des Zusammentreffens mit anderen Leistungsbezügen nach Abs. 5 als ruhegehaltfähige Leistungsbezüge berücksichtigt werden können.

(5) ¹Bei der Berechnung des Ruhegehalts wird der höchste Gesamtbetrag der über einen Zeitraum von mindestens drei Jahren zeitgleich bezogenen ruhegehaltfähigen oder für ruhegehaltfähig erklärten unbefristeten Leistungsbezüge nach Abs. 1 berücksichtigt;

wurde nur ein nach Abs. 1 ruhegehaltfähiger unbefristeter Leistungsbezug gewährt, wird dieser berücksichtigt. ²Soweit über einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren ein höherer Gesamtbetrag der ruhegehaltfähigen oder für ruhegehaltfähig erklärten Leistungsbezüge nach Abs. 1 und 3 bezogen wurde als der Betrag, der sich nach Satz 1 ergibt, werden auch die darüber hinausgehenden Leistungsbezüge berücksichtigt.

(6) ¹Durch die Vergabe von unbefristeten Leistungsbezügen sowie durch die Erklärung von Leistungsbezügen für ruhegehaltfähig darf der Gesamtbetrag der ruhegehaltfähigen Leistungsbezüge den Betrag von 40 v. H. des jeweiligen Grundgehalts bis zu 80 v. H. des jeweiligen Grundgehalts nur nach Maßgabe des Satzes 2 überschreiten. ²Die Überschreitung ist nur möglich für höchstens 12 v. H. der Inhaber von W 2- und W 3-Stellen auf bis zu 60 v. H. und für 5 v. H. der Inhaber von W 3-Stellen auf bis zu 80 v. H. des jeweiligen Grundgehalts. ³Das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst (Staatsministerium) kann Regelungen über die Aufteilung dieser Quoten treffen.

(7) Leistungsbezüge, die als Einmalzahlung vergeben werden, können nicht für ruhegehaltfähig erklärt werden.

§ 7

Forschungs- und Lehrzulage

¹Professoren und Professorinnen, die im Hauptamt Mittel privater Dritter für Forschungs- oder Lehrvorhaben der Hochschule einwerben und diese Vorhaben durchführen, kann für die Dauer des Drittmittelflusses aus diesen Mitteln eine nicht ruhegehaltfähige Zulage gewährt werden, soweit der Drittmittelgeber mit der Vergabe einverstanden ist. ²Eine Zulage darf nur gewährt werden, soweit neben den übrigen Kosten des Forschungs- oder Lehrvorhabens auch die für die Gewährung der Forschungs- und Lehrzulage aufzuwendenden Beträge durch die Drittmittel gedeckt sind. ³Forschungs- und Lehrzulagen dürfen innerhalb eines Kalenderjahres insgesamt 100 v. H. des Jahresgrundgehalts des Professors oder der Professorin nicht überschreiten. ⁴Die Lehrtätigkeit im Rahmen eines Lehrvorhabens, für das eine Lehrzulage gewährt wird, ist auf die jeweils obliegende Lehrverpflichtung nicht anzurechnen.

§ 8

Zuständigkeiten, Verfahren

(1) ¹Für die nach dieser Rechtsverordnung zu treffenden Entscheidungen ist der Vorsitzende des Leitungsgremiums der Hochschule zuständig. ²Das Staatsministerium kann sich bei Entscheidungen über die Gewährung von Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezügen die Zustimmung vorbehalten. ³Vor Entscheidungen über die Gewährung von Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezügen und von besonderen Leistungsbezügen holt der Vorsitzende des Leitungsgremiums eine Stellungnahme des zuständigen Dekans ein; bei Professoren und Professorinnen in klinischen Einrichtungen des Klinikums ist auch der Ärztliche Direktor anzuhören. ⁴Die für die Abnahme

von Staatsprüfungen zuständigen Stellen erteilen den Universitäten die für die Berücksichtigung der Mitwirkung an Staatsprüfungen als besondere Leistungen erforderlichen Auskünfte.

(2) Abweichend von Abs. 1 ist für Entscheidungen über die Gewährung von Funktions-Leistungsbezügen an Mitglieder des Leitungsgremiums nach § 5 Abs. 1 Satz 1 sowie von Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezügen (§ 3) und besonderen Leistungsbezügen (§ 4) an Vorsitzende des Leitungsgremiums das Staatsministerium zuständig.

(3) Entscheidungen über die Vergabe von Leistungsbezügen und über die Vergabe von Forschungs- und Lehrzulagen bedürfen der Schriftform und sind aktenkundig zu machen.

§ 9

Einhaltung des Vergaberahmens

(1) ¹Bei der Entscheidung über die Gewährung von Leistungsbezügen ist auf die Einhaltung des Vergaberahmens nach § 34 Abs. 1 Satz 1 BBesG zu achten. ²Hierzu kann das Staatsministerium den für die einzelne Hochschule maßgeblichen individuellen Besoldungsdurchschnitt festlegen und sich im Rahmen des maßgeblichen Besoldungsdurchschnitts nach Art. 26 Abs. 2 BayBesG in einem zentralen Ansatz eine Reserve für hochschulübergreifende Verlagerungen vorbehalten.

(2) ¹Bei herausragenden Berufungen oder zur Verhinderung des Weggangs besonders qualifizierter Professoren oder Professorinnen können in besonderen Ausnahmefällen mit Zustimmung des Staatsministeriums Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezüge (§ 3) zunächst von der Anrechnung auf den individuellen Besoldungsdurchschnitt anteilig ausgenommen werden. ²Die nicht angerechneten Anteile der Leistungsbezüge werden auf den beim Staatsministerium gebildeten zentralen Ansatz verrechnet. ³Dem kann bei der Anpassung des individuellen Besoldungsdurchschnitts im Folgejahr Rechnung getragen werden.

(3) Die für die Bezügeauszahlung zuständigen Stellen stellen im Rahmen ihrer Zuständigkeit den Hochschulen und dem Staatsministerium die für die Überwachung der Einhaltung des Besoldungsdurchschnitts erforderlichen Angaben und Daten zur Verfügung; Entsprechendes gilt für die Hochschulen gegenüber dem Staatsministerium.

(4) Mindestens 15 v. H. des Gesamtbetrags der Leistungsbezüge der jeweiligen Hochschule sollen auf besondere Leistungsbezüge (§ 4) entfallen.

§ 10

Ermächtigung zum Erlass näherer Regelungen

¹Die Hochschulen können durch Satzung nähere Regelungen über das hochschulinterne Verfahren der Bewertung der besonderen Leistungen im Sinn des § 4 Abs. 1 Satz 1 treffen. ²Das Leitungsgremium erlässt im Benehmen mit dem Senat Grundsätze für

die Vergabe von Berufungs- und Bleibe-Leistungsbezügen (§ 3), besonderen Leistungsbezügen (§ 4) und Funktions- Leistungsbezügen gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2; diese sind innerhalb der Hochschule zu veröffentlichen.

§ 11

Höhe der Nebenamtsvergütung von Professoren und Professorinnen

Die Nebenamtsvergütung für Vorsitzende eines Leitungsgremiums einer Hochschule gemäß Art. 17 BayBesG beträgt 35 € je Lehrveranstaltungsstunde.

§ 12

In-Kraft-Treten, Übergangsbestimmungen

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2005 in Kraft.

(2) ¹Professoren und Professorinnen der Besoldungsgruppe C 2 an staatlichen Fachhochschulen und in Fachhochschulstudiengängen anderer staatlicher Hochschulen im Sinn des Art. 32 Abs. 12 BayBesG, die einen Antrag auf Übertragung eines Amtes der Besoldungsgruppe W 2 gestellt haben, kann das Leitungsgremium frühestens ab dem Zeitpunkt der Antragstellung und ab dem 1. des Monats, der auf den Zeitpunkt folgt, in dem der Professor oder die Professorin auf Grund der an der jeweiligen Hochschule üblichen Wartezeit und voraussichtlichen Verfügbarkeit einer besetzbaren C 3-Stelle in ein Amt der Besoldungsgruppe C 3 berufen worden wäre, ruhegehaltfähige besondere Leistungsbezüge bis zu dem Umfang unbefristet gewähren, der zum Ausgleich der Besoldungsnachteile erforderlich ist, die durch die nicht mehr mögliche Übertragung eines Amtes der Besoldungsgruppe C 3 eintreten würden; für die Leistungsbezüge nach Halbsatz 1 gelten § 4 Abs. 8 und § 6 Abs. 1 Satz 1. ²Der fiktive Verlauf der Besoldungsentwicklung, die bei einer Übertragung eines Amtes der Besoldungsgruppe C 3 eingetreten wäre, ist dabei zu berücksichtigen. ³Der Gesamtbetrag des Grundgehalts und der Leistungsbezüge nach den Sätzen 1 und 2 darf das um 25 v. H. des Differenzbetrags zwischen dem Endgrundgehalt von C 3 und dem Endgrundgehalt von C 2 verminderte Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe C 3 nicht übersteigen. ⁴Voraussetzung für die Gewährung von besonderen Leistungsbezügen nach den Sätzen 1 und 2 ist, dass der Professor oder die Professorin im Zeitpunkt der Gewährung ein breites Fachgebiet, besondere Funktionen auf Dauer oder Fächer mit Schwerpunktcharakter in einem bestimmten Studiengang wahrnimmt, neben der fachlichen und pädagogischen auch die persönliche Eignung besitzt und damit die Berufungsvoraussetzungen in ein Amt der Besoldungsgruppe C 3 erfüllt hätte. ⁵Das Vorliegen dieser Voraussetzungen prüft das Leitungsgremium im Benehmen mit dem Senat und Fachbereichsrat in einem Begutachtungsverfahren. ⁶§ 9 Abs. 1 gilt entsprechend.

(3) ¹Professoren und Professorinnen der Bundesbesoldungsordnung C, die bis spätestens 31. Dezember 2005 gemäß § 77 Abs. 2 Sätze 2 bis 4 BBesG und Art. 32 Abs. 8 BayBesG beantragen, ihnen ein Amt

der Bundesbesoldungsordnung W zu übertragen, können abweichend von § 4 Abs. 7 Satz 1 bereits bei der erstmaligen Vergabe besondere Leistungsbezüge unbefristet gewährt werden.²Der Antrag muss spätestens am 31. Dezember 2005 beim Vorsitzenden des Leistungsgremiums der Hochschule eingegangen sein, dessen Mitglied der Professor oder die Professorin im Zeitpunkt der Antragstellung ist.

München, den 15. Dezember 2004

Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und
Kunst

Dr. Thomas Goppel
Staatsminister

KWMBI I 2005 S. 71

2210-1-1-1-WFK

**Verordnung
zur Änderung der
Verordnung über die Bekanntmachung
von Hochschulsatzungen**

Vom 15. Dezember 2004 (GVBl S. 580)

Auf Grund von Art. 6 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 und Art. 135 Abs. 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Oktober 1998 (GVBl S. 740, BayRS 2210-1-1-WFK), zuletzt geändert durch § 18 des Gesetzes vom 24. März 2004 (GVBl S. 84), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Bekanntmachung von Hochschulsatzungen (HSchBekV) vom 4. November 1993 (GVBl S. 848, BayRS 2210-1-1-1-WFK) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Satz 1 werden die Worte „des Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ gestrichen.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 2 werden die Worte „bis zur Veröffentlichung im Amtsblatt (§ 4)“ gestrichen.
 - b) Abs. 3 Satz 4 erhält folgende Fassung:

„⁴Der Anschlag soll 30 Tage angeheftet bleiben.“
3. § 3 Abs. 2 Halbsatz 2 wird gestrichen.
4. In § 4 werden die Worte „im Amtsblatt des Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst“ durch die Worte „durch die Hochschule“ ersetzt.
5. § 5 Satz 2 wird aufgehoben; die Satzbezeichnung im bisherigen Satz 1 entfällt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2005 in Kraft.

München, den 15. Dezember 2004

Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und
Kunst

Dr. Thomas Goppel
Staatsminister

2210-8-2-2-WFK, 2210-8-2-1-1-WFK

**Verordnung
zur Änderung der
Hochschulvergabe- und Voranmeldeverordnung und
der Vergabeverordnung ZVS**

Vom 15. Dezember 2004 (GVBl S. 581)

Auf Grund von Art. 4 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1, Art. 9 Abs. 1 und 2 Nr. 2 und Art. 11 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen vom 19. Februar 1988 (GVBl S. 18, BayRS 2210-8-2-WFK), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 24. Dezember 2001 (GVBl S. 991), in Verbindung mit Art. 16 Abs. 1 Nrn. 1 und 6 des Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen vom 24. Juni 1999 (GVBl 2000 S. 11, BayRS 2210-8-1-1-WFK) und Art. 63 Abs. 5 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Oktober 1998 (GVBl S. 740, BayRS 2210-1-1-WFK), zuletzt geändert durch § 18 des Gesetzes vom 24. März 2004 (GVBl S. 84), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst folgende Verordnung:

§ 1

**Änderung der Hochschulvergabe-
und Voranmeldeverordnung**

Die Verordnung über die Vergabe von Studienplätzen durch die Hochschulen und über die Voranmeldung für nichtzulassungsbeschränkte Studiengänge (Hochschulvergabe- und Voranmeldeverordnung – HSchVVV) vom 16. Mai 1994 (GVBl S. 407, BayRS 2210-8-2-2-WFK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. Juni 2004 (GVBl S. 207), wird wie folgt geändert:

In der Anlage 1 Buchst. a werden in der Spalte „Studiengänge“ nach den Worten „Architektur Diplom“ die Worte „Betriebswirtschaftslehre Diplom“

und nach diesen Worten in den Spalten „Augsburg“, „Bamberg“, „Passau“, „Würzburg“ jeweils die Zahl „4¹⁾“ und in den Spalten „Bayreuth“, „Erlangen-Nürnberg“, „München“, „Regensburg“ jeweils die Zahl „4“ eingefügt.

§ 2

Änderung der Vergabeverordnung ZVS

Die Verordnung über die zentrale Vergabe von Studienplätzen (Vergabeverordnung ZVS) vom 1. August 2000 (GVBl S. 535, BayRS 2210-8-2-1-1-WFK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26. August 2004 (GVBl S. 374), wird wie folgt geändert:

In Anlage 1 wird das Wort „Betriebswirtschaft“ gestrichen.

§ 3

In-Kraft-Treten

¹Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2005 in Kraft.
²Sie gilt erstmals für die Verfahren zum Sommersemester 2005.

München, den 15. Dezember 2004

Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und
Kunst

Dr. Thomas Goppel
Staatsminister

2236-2-3-1-UK

**Sechste Verordnung
zur Änderung der
Verordnung zur beruflichen Grundbildung in Bayern
Vom 17. Dezember 2004 (GVBl S. 584)**

Auf Grund des Art. 11 Abs. 4 Satz 3 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 414, ber. S. 632; BayRS 2230-1-1-UK), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. November 2004 (GVBl S. 443), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus im Einvernehmen mit den Bayerischen Staatsministerien der Finanzen und für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie folgende Verordnung:

§ 1

§ 4 der Verordnung zur beruflichen Grundbildung in Bayern vom 17. Mai 1991 (GVBl S. 153, BayRS 2236-2-3-1-UK), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26. Juni 1998 (GVBl S. 417), wird wie folgt geändert:

1. In Abs. 1 erhält der Text nach dem Wort „Elektroanlagenmonteurin“ folgende Fassung:
 - „2. Elektroniker für Gebäude- und Infrastruktursysteme/Elektronikerin für Gebäude- und Infrastruktursysteme,
 3. Elektroniker für Betriebstechnik/Elektronikerin für Betriebstechnik,
 4. Elektroniker für Automatisierungstechnik/Elektronikerin für Automatisierungstechnik,
 5. Elektroniker für Geräte und Systeme/ Elektronikerin für Geräte und Systeme,
 6. Systeminformatiker/ Systeminformatikerin,

7. Elektroniker für luftfahrttechnische Systeme/ Elektronikerin für luftfahrttechnische Systeme,

8. Elektroniker für Maschinen und Antriebstechnik/ Elektronikerin für Maschinen und Antriebstechnik.“

2. Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Handwerkliche Ausbildungsberufe:

1. Elektroniker/Elektronikerin,
2. Elektroniker für Maschinen und Antriebstechnik/ Elektronikerin für Maschinen und Antriebstechnik,
3. Systemelektroniker/Systemelektronikerin.“

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 2004 in Kraft.

München, den 17. Dezember 2004

Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus

Monika Hohlmeier
Staatsministerin

II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

223511.1-UK

Aufgaben der Fachberater in Katholischer Religionslehre an den Gymnasien in Bayern

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 5. Januar 2005 Nr. VI.2-O 5125-6.130 190

Im Einvernehmen mit dem Katholischen Schulkommissariat in Bayern werden mit Wirkung vom 5. Januar 2005 die Aufgaben der Fachberater für Katholische Religionslehre an den Gymnasien wie folgt festgelegt:

1. Die Fachberater besuchen im Auftrag des Katholischen Schulkommissariats in Bayern und des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus den Unterricht in Katholischer Religionslehre. Sie haben dabei auf die Stoffwahl und die Lehrweise der Lehrkräfte zu achten und geben ihnen Anregungen.

1.1 Unterrichtsbesuche mit qualifizierendem Charakter

Dazu gehören Besichtigungen zur Feststellung der Eignung von Lehrkräften ohne Prüfung für das Lehramt an Gymnasien für den Dienst als hauptberufliche Lehrkräfte am Gymnasium und Besichtigungen aus besonderem Anlass. Sie finden grundsätzlich unangekündigt statt. Über jede Besichtigung legen die Fachberater dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus einen Bericht vor.

1.2 Unterrichtsbesuche mit beratendem Charakter

Zu den Aufgaben der Fachberater gehört auch die Betreuung der Lehrkräfte, die nach dem Referendariat eine Anstellung im Staatsdienst erhalten haben. Im Rahmen der RLFB begleiten sie unterstützend die Tätigkeit der Religionslehrkräfte in den ersten Dienstjahren. Ferner stehen sie außerhalb der dienstlichen Beurteilung für Unterrichtsbesuche zur Verfügung, geben dabei Anregungen und beraten in Fragen der Unterrichtsgestaltung. Die Erkenntnisse aus diesen Unterrichtsbesuchen finden keine Verwendung im Rahmen der dienstlichen Beurteilung.

Über diese Unterrichtsbesichtigungen legen die Fachberater dem Schulkommissariat und dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus einen jährlichen Sammelbericht vor.

2. Auf Antrag geben die Fachberater Schulleitern, Fachbetreuern und Fachschaften Hilfestellung bei Fragen des Katholischen Religionsunterrichts.
3. Die Fachberater stehen dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus für besondere Aufgaben zur Verfügung und unterstützen die Arbeit des Fachreferenten für Katholische Religionslehre am Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung, insbesondere hinsichtlich der Erstellung der Link-Ebene zu den Lehrplänen.
4. Sie bieten im Bedarfsfall in den einzelnen Regionen, für die sie zuständig sind, Fortbildungen für die Fachbetreuer im Fach Katholische Religionslehre an.
5. Die Fachberater unterstützen die regionalen Fortbildungsprogramme in Zusammenarbeit mit den Schulbeauftragten der Diözesen und mit den Fachreferenten der Ministerialbeauftragten für die Gymnasien in Bayern, die für Katholische Religionslehre und Regionale Lehrerfortbildung zuständig sind, und informieren dabei die Lehrkräfte. Ferner halten sie Kontakt zu den Seminarlehrern des Faches Katholische Religionslehre und zu den Katholischen Fakultäten an den Universitäten.
6. Die Zuständigkeitsbereiche der Fachberater lauten:

Oberbayern, Schwaben:
OStR Thomas Hücherig
Ignaz-Taschner-Gymnasium, Dachau

Unterfranken, Mittelfranken, Oberfranken:
StD Bernhard Rügamer
Franz-Ludwig-Gymnasium, Bamberg

Niederbayern, Oberpfalz:
OStR Georg Glöbl
Burkhart-Gymnasium Mallersdorf-Pfaffenberg
7. Die Bekanntmachung vom 18. August 1992 (KWMBI I S. 469), zuletzt geändert am 30. Juni 2000 (KWMBI I S. 205), wird aufgehoben.

Dr. Berggreen – Merkel
Ministerialdirigentin

KWMBI I 2005 S. 79

20010-UK

Vermeidung fremdsprachlicher Begriffe**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus****vom 14. Januar 2005 Nr. I.9-5 O 1146-1.3 859**

Der Bayerische Landtag hat am 20. Juni 2004 folgenden Beschluss gefasst:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, mit Blick auf die sprachliche Ausgewogenheit und allgemeine Verständlichkeit auch von schwierigen Sachverhalten bei allen staatlichen Verlautbarungen, Vorschriften und Schreiben an Bürger den Gebrauch von fremdsprachlichen Begriffen auf ein Mindestmaß zu beschränken.“

Um Beachtung wird gebeten. Darüber hinaus wird auf die weiterhin gültige Bekanntmachung des Staatsministeriums zur Pflege der deutschen Sprache als Aufgabe aller Schularten und aller Fächer vom 5. August 1988 (KWMBI I S. 380) hingewiesen.

Dr. Berggreen – Merkel
Ministerialdirigentin

KWMBI I 2005 S. 80

223011.114-UK

Zulassung von Lernmitteln**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
für Unterricht und Kultus****vom 19. Januar 2005 Nr. III.6-5 S 1321.1-5.2 734**

Die nachstehend aufgeführten Lernmittel werden zum Gebrauch im Unterricht an den bayerischen Schulen für die im Einzelnen angegebenen Schularten zugelassen.

Die mit „*“ gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung.

Lernmittelfreie Lernmittel**Allgemein bildende Schulen****Hauptschule****Deutsch – Kombinierte Sprach- und Lesebücher****Cornelsen Verlag, Berlin/München:**

***Das Hirschgraben Deutschbuch**, Hauptschule Bayern:

7: v. Hofmann u.a., BN 604764, 1. Aufl. 04, 17,95 €, ZN 198/04-V (31.1.05)

M 7: v. Hofmann u.a., BN 604586, 1. Aufl. 04, 19,75 €, ZN 197/04-V (31.1.05)

Hauswirtschaftlich-sozialer Bereich**Verlag Handwerk und Technik, Hamburg:*****Zusammenleben – Zusammenarbeiten:**

7/M 7: v. Plößner/Fichtner, BN 7455, Aufl. 05, 17,80 €, ZN 214/04-V (31.1.05)

Physik/Chemie/Biologie**Schroedel Verlag, Braunschweig:*****Natur plus**, Physik/Chemie/Biologie, hrsg. v. Scharf:

5: BN 76318, Aufl. 04/Dr.A1, 18,95 €, ZN 207/04-V (31.1.05)

Realschule**Deutsch – Lesebücher****Cornelsen Verlag, Berlin/München:*****Das Hirschgraben Lesebuch**, Realschule Bayern:

10: v. Herchen u.a., BN 601234, 1. Aufl. 05, 17,50 €, ZN 193/04-R6 (31.1.05)

Gymnasium**Natur und Technik****Ernst Klett Verlag, Stuttgart:*****Natura – Natur und Technik:**

Schwerpunkt Biologie 5/6: v. Moßner u.a., BN 045520, 1. Aufl. 05, 23,80 €, ZN 216/04-G (31.1.05)

Berufliche Schulen**Berufsfachschulen****Berufsfachschulen des Gesundheitswesens****Elsevier Urban & Fischer, München:****Hinweis:**

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

***Bau und Funktion des menschlichen Körpers**, Praxisorientierte Anatomie und Physiologie, v. Speckmann/Wittkowski, BN 26191, 20. völlig neu bearb. Aufl. 04, 36 €, ZN 241/87-BF (31.1.05), zugl. an BFS f. Krankenpflege u. Kinderkrankenpflege

FachschulenTechnikerschule**Verlag Handwerk und Technik, Hamburg:****Hinweis:**

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

***Produktionsmanagement**, v. Gummersbach u.a., BN 2412, 3. akt. Aufl. 05, 43,40 €, ZN 183/99-F (31.1.05), zugel. in Arbeitsvorbereitung und Kalkulation sowie Industriebetriebslehre

FachakademieAugenoptik**Georg Thieme Verlag, Stuttgart:**

***Augenheilkunde**, v. Sachsenweger, BN 128312, 2. vollst. überarb. u. erw. Aufl. 03, 39,95 €, ZN 204/04-FAK (31.1.05), zugel. an FAK f. Augenoptik

Ernährung und Verpflegung**Verlag Hölzl, Vohenstrauß:**

***Vohenstraußer Kochbuch**, 15. Aufl., 22 €, ZN 235/04-FAK (31.1.05), zugel. an FAK f. Hauswirtschaft

Nicht lernmittelfreie, aber zulassungspflichtige Lernmittel**Allgemein bildende Schulen**RealschuleDeutsch – Sprachlehre und Rechtschreiben**Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:****Hinweis:**

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

***Mit eigenen Worten – Arbeitsheft**, Realschule Bayern, v. Bannert u.a.:

8: BN 121248, Aufl. 04/Dr.A2, 6,95 €, ZN 203/04-R6 (31.1.05)

Die Zulassung der Unterrichtswerke tritt am 31. Januar 2005 in Kraft.

Dr. Berggreen – Merkel
Ministerialdirigentin

KWMBI I 2005 S. 80